

Bericht des Gemeinderats

Postulat Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP) vom 22. November 2007: Die Reitschule darf gewalttätigen Demonstranten keinen Unterschlupf mehr gewähren! (07.000395)

Der Stadtrat erklärte an der Sitzung vom 12. Juni 2008 folgendes Postulat als erheblich:

Dass die Reitschule in Bern von einem grossen Teil der Bevölkerung akzeptiert und anerkannt wird, ist nicht abzustreiten. Doch bedauerlicherweise kommt es nach Ausschreitungen bei Demonstrationen oder Kundgebungen immer wieder vor, dass gewaltbereiten Teilnehmern an solchen Demos und Kundgebungen in der Reitschule Unterschlupf gewährt wird und dies obwohl auf der Homepage der Reitschule folgendes publiziert wird:

„Den BetreiberInnen der Reitschule ist es ein Anliegen, dass die Reitschule ein Ort ist, wo sich alle Leute wohl fühlen können. Die Reitschule soll ein Ort sein, wo niemand Angst haben muss vor verbalen oder tätlichen Übergriffen. Die Grundsätze, kein Sexismus, kein Rassismus, keine Gewalt' sollen nicht nur im Manifest der Reitschule geschrieben sein, sondern auch tatsächlich gelten. Leider gelingt es uns nicht immer diese Grundsätze durchzusetzen. In der bewegten Geschichte des Kulturzentrums gab es immer wieder Zeiten, in denen Gruppen oder Einzelpersonen versucht haben sich durch gewalttätiges Verhalten Vorteile zu verschaffen. Viele BesucherInnen und Mitarbeitende wurden in letzter Zeit angegriffen, verletzt, terrorisiert oder bestohlen. Uns ist das nicht egal! Wir finden, dass solche Übergriffe für die Täter Folgen haben müssen. Aus diesem Grund haben wir eine Anlaufstelle geschaffen, bestehend aus Vertrauensleuten aus verschiedenen Arbeitsgruppen, die da ist für Opfer und/oder ZeugInnen von Übergriffen, die sich auf dem Gelände der Reitschule abgespielt haben.“

Da sich bedauerlicherweise, so wie es sich immer wieder gezeigt hat, nicht alle IKUR-Mitglieder und auch nicht alle Gäste der Reithalle an diesen Aufruf gehalten haben, wird der Gemeinderat aufgefordert, dass die Reitschule an den Tagen, an welchen eine Demonstration oder Kundgebung durchgeführt wird und dabei mit gewalttätigen Ausschreitungen gerechnet werden muss, den ganzen Tag geschlossen bleibt.

Bern, 22. November 2007

Motion Fraktion SVP/JSVP (Peter Bühler, SVP), Simon Glauser, Manfred Blaser, Christian Wasserfallen, Erich J. Hess, Beat Schori, Dannie Jost, Stefan Bärtschi, Rudolf Friedli, Ueli Jaisli, Ernst Stauffer, Dieter Beyeler, Pascal Rub, Anastasia Falkner, Philippe Müller, Karin Feuz-Ramseyer, Dana Dolores, Edith Leibundgut, Jacqueline Gafner Wasem, Yves Seydoux, Beat Gubser, Hans Peter Aeberhard

Bericht des Gemeinderats

Der Gemeinderat hat bereits in seiner Antwort zu vorliegendem Postulat festgehalten, dass er strafbare Handlungen grundsätzlich aufs Schärfste verurteilt. Die Sicherheit geniesst wie andernorts in der Stadt auch im Bereich der Reitschule einen hohen Stellenwert. Ebenfalls hält

der Gemeinderat nach wie vor eine Schliessung bei im Vorfeld bekannten, grossen und problematischen Kundgebungen für möglich und gegebenenfalls sinnvoll.

Seit der Erheblicherklärung des Postulats im Juni 2008 fanden in der Stadt Bern 62 Kundgebungen statt. Anlässlich von zwei Kundgebungen wurden Sachbeschädigungen begangen. Die Kantonspolizei stellte bei insgesamt acht Kundgebungen ein teilweises aktives Organisieren aus der Reitschule fest. Zudem zogen sich bei neun Kundgebungen teilweise Teilnehmende an den Ausgangspunkt in die Reitschule zurück.

Im Zusammenhang mit der im Postulat angesprochenen Problematik legt der Gemeinderat ein besonderes Augenmerk auf die zurzeit stattfindenden Gespräche zwischen verschiedenen städtischen Stellen und der Kantonspolizei einerseits und den Betreibenden der Reitschule andererseits. Diese Gespräche finden unter der Leitung der Regierungsstatthalterin statt. Im Rahmen dieser Gespräche wird auch das Verhalten bei Kundgebungen thematisiert. Ausserdem wird die Sicherheitsvereinbarung aus dem Jahr 2003 überprüft und nötigenfalls angepasst. Die Regierungsstatthalterin wird den Gemeinderat noch in diesem Jahr über die Ergebnisse der erwähnten Gespräche orientieren. Der Gemeinderat wird dem Stadtrat seinerseits im Rahmen von hängigen parlamentarischen Vorstössen (z.B. Motion Fraktion GFL/EVP (Erik Mozsa, GFL): Reitschule schützen: Gewaltprobleme lösen; Postulat Fraktion SP/JUSO (Ruedi Keller/Christof Berger, SP): Kulturangebote in der Reitschule vor Unannehmlichkeiten schützen) Bericht erstatten.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

Bern, 10. Juni 2009

Der Gemeinderat